

## Die Grundschule – Der erste „Stolperstein“ für so manche Schullaufbahn

Wir begeben uns gedanklich in eine Grundschule in einem Stadtteil, in dem viele Kinder mit Migrationshintergrund beschult werden.

Das bedeutet in diesen Stadtteilen sehr häufig, dass die Kinder noch Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache zeigen. Grammatik und Wortschatz sind noch nicht so aufgefüllt, wie es denn in der Schule erwartet wird. Vielleicht konnte das Kind keine Kita besuchen und/oder zuhause wird bevorzugt die Muttersprache gesprochen. Dann – und nicht nur dann – ist es doch sehr gut, wenn die Klasse klein ist, die Lehrerin oder der Lehrer dadurch ein Auge auf jedes der Kinder haben kann. Weiterhin ist es doch natürlich gut, wenn schwächere Kinder durch Förderunterricht oder auch ehrenamtliche Unterstützung, z. B. durch Lesepat\*innen, gefördert werden: Damit gelingt es, in kleinen Schritten, die Wissenslücken zu füllen und auch schwachen Kindern eine Lernchance zu geben.

Aber was passiert, wenn die Landesschulbehörde – völlig gesetzes- und verordnungskonform - anordnet, im folgenden Schuljahr zwei Klassen zusammenzulegen, weil: Wir haben ja schließlich Lehrermangel! Wo sich ein Schulstandort befindet und welche Kinder dort beschult werden, darauf wird in diesem Moment keine Rücksicht genommen<sup>1</sup> und aus Göt-

tingen nimmt niemand darauf Einfluss bzw. niemand kann mehr darauf Einfluss nehmen. Was bedeutet das für die Kinder, besonders für schwächeren Schüler\*innen? Die Chance, im nächsten Schuljahr das Klassenziel zu erreichen, schwindet bzw. tendiert gegen Null!

Was könnte hier helfen? z.B. „Sitzbleiben“, die Klassenwiederholung? (Dieses Wort würde ich am liebsten aus dem deutschen Wortschatz streichen!). Es helfen kleine Klassen, damit alle Kinder lernen können - das ist der einzig mögliche Weg. Kleine Klassen, die es ja vorher gab! Die Landesschulbehörde verhält sich gegen ihre eigenen Richtlinien (**s. Anmerkung unten**) – unwidersprochen!

Diese Geschichte liest sich fiktiv, ist sie aber nicht, sondern erlebte Realität hier in Göttingen!

Ach ja, was mir noch einfällt, viele Jahre später werden sich viele Politiker\*innen, Bildungsforscher\*innen etc. fragen, warum diese Kinder keine gute Schullaufbahn zurückgelegt haben. Und warum es so schwer ist, sie in das Berufsleben zu vermitteln, wo wir doch jeden und jede als Arbeitskraft – idealerweise im Mint-Bereich gut ausgebildet – benötigen. (cs)

### im Internet

[https://www.goettinger-linke.de/goeblae\\_2023/](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen  
Telefon: 05503 3008

### Inhalt

Die Grundschule	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Kitas in Göttingen	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Mensa für Alle	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2023  
ist der 17. August.  
Auslieferung ab dem 24. August.

**Anmerkung 1** „Schulen, die in einem schwierigen sozialen Umfeld arbeiten, unterliegen oft besonderen pädagogischen und organisatorischen Herausforderungen und benötigen ein Plus an konzeptioneller und materieller Unterstützung“ Nachzulesen bei [www.mk-niedersachsen](http://www.mk-niedersachsen)

### In eigener Sache:

#### Die Zukunft der Göttinger Blätter:

Es wird spürbare Veränderungen bei der Herausgabe der Göttinger Blätter geben:

Nach einem Gespräch mit Vertreterinnen der Partei Die Linke – leider erst zwei Tage vor dem Redaktionsschluss – ergibt sich folgendes Bild:

- Die GenossInnen der PdL haben in dem Gespräch deutlich gemacht, dass sie - nach einer Veränderung ihrer parteiinternen Finanzstruktur - nicht mehr ihre bisherigen Kosten für die Göttinger Blätter (zugegebenermaßen rd. 50 % der Gesamtkosten) -

*Weiter auf Seite 12*

### Veranstigungsankündigungen

**12. Juli, Forum des Göttinger Friedensforums, 19.00 Uhr,  
Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7**

Thema: Das Sicherheitskonzept der Bundesrepublik – Eine Einschätzung

**25. Juli, 19.00 Uhr (Ort wird noch bekanntgegeben)**

**Was tun bei Bedrohungen gegen Veranstaltungen?**

Diskussion der FG zur Absage ihrer Veranstaltung am 16.6. mit einem Journalisten aus Cuba (s. FG-Seite)

**27. Juli, 19.00 Uhr : China – unerwartete Probleme beim Aufstieg zum Welthegemon**

Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter., Neustadt 7):

Mit Prof. Dr. Felix Wemheuer, Sinologe, Köln

Eine Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs GÖ

**9. August, Forum des Göttinger Friedensforums, 19.00 Uhr, Saal der Selbsthilfe Körperbeh., Neustadt 7**

**19.00 Uhr, Thema: Kommunale Gesundheits- und Pflegepolitik**



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

## ► Rhumspringe: Gemeinde diskutiert über Rüstungsbetrieb „Schickert-Werke“

In dem Eichsfelder Dorf gibt es eine aktuelle Diskussion über die Zukunft der Schickert-Werke. Hintergrund der Auseinandersetzung ist die Idee der Denkmalbehörde des Landes Niedersachsen, das Werksgelände, besonders die Gebäude, unter Denkmalschutz zu stellen.

Die Gemeinde Rhumspringe und die jetzige Eigentümerin wollen keinen Denkmalschutz. Die Gebäude des ehemaligen Rüstungsbetriebes sind überwiegend noch vorhanden. In Bad Lauterberg, dort gab es eine weitere Produktionsstätte der Schickert Werke, sind die Hallen schon vor einigen Jahren abgerissen worden. Wenn man von Göttingen kommt, sieht man am rechten Dorfrand von Rhumspringe in Richtung Hilkerode mehrere große, sehr gut erhaltene Produktionshallen des ehemaligen Rüstungsbetriebes.

### Hintergrund:

Die NS-Rüstungsindustrie brauchte für Düsenjäger, Raketen und U-Boote Wasserstoffperoxid als Treibstoff. Hierzu ist eine Produktionsanlage in Bad-Lauterberg errichtet worden. Für die Produktion waren viel Wasser und starke Energiequellen (Wasserkraftwerk) notwendig. Im Dezember 1938, ein dreiviertel Jahr vor Kriegsbeginn, ist entschieden worden, in Rhumspringe eine weitere Anlage zu errichten. Bauherr war das NS-Luftfahrtministerium von Hermann Göring, betreiben sollte das Werk die Firma Schickert. Der tatsächliche Bau der Produktionshallen in Rhumspringe begann im Oktober 1942. Geplant war ein Produktionsbeginn für das Wasserstoffperoxid im Mai 1945. Trotz einer Vielzahl an militärischen Niederlagen glaubten die NS-Machthaber noch an den Sieg und hierzu war für die sogenannten Wunderwaffen der Treibstoff notwendig. Erfreulicherweise kam es nicht dazu, die amerikanischen Truppen kamen am 9. April 1945 nach Rhumspringe, verhafteten die verantwortliche Betriebsleitung und befreiten die Zwangsarbeiter\*innen und italienischen Militärinternierten.

### Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte

Auf der Baustelle in Rhumspringe wurden unterschiedliche ausländische Arbeitskräfte eingesetzt. Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte (Das sind italienische Kriegsgefangene) mussten unter katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen dort arbeiten. Es sind zwei große Barackenlager zur Unterbringung der Zwangsverpflichteten geschaffen worden. Ein Lager befand sich direkt auf der Baustelle und ein weiteres Lager in Hilkerode. Auf der Baustelle waren ca. 600 Zwangsarbeiter\*innen tätig, mit den im Lager Hilkerode untergebrachten 600 italienischen Militärinternierten waren also 1.200 Menschen ausländische Arbeitskräfte tätig.

Allein von den von den italienischen Militärinternierten überlebte 51 den Arbeitseinsatz nicht. Im Oktober 1944 kamen noch 80 russische Kriegsgefangene hinzu. 23 Zwangsarbeiter\*innen starben während des Arbeitseinsatzes. Die tatsächlichen Opferzahlen werden höher sein. Die genaue Zahl kennt man nicht.



Schickert-Werke in Rhumspringe

## ► Denkmalschutz für Nazibauwerke?

Wenn man an Denkmalschutz denkt, fallen einem Sprossenfenster oder bunte Fachwerkhäuser ein. Bei dem Rüstungsbetrieb Schickert – Werk geht es nicht um Fenster und Farben. Die NS-Geschichte des Werkes soll dokumentiert werden. Wieviel

## Termine:

### Sprecher\*innen VVN-BdA Göttingen treffen sich

Der Kreis der Sprecher der VVN-BdA Göttingen trifft sich regelmäßig. Das nächste Treffen ist am **Mittwoch, 26. Juli 2023 um 16.00 Uhr** im Cafe Inti, Göttingen, Wilhelmsplatz. Gäste sind herzlich willkommen. Wir besprechen bei den Treffen unsere Vorhaben und Alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.

### Veranstaltung geplant

Am 15. April 2023 haben Dr. Günther Siedbürger, Lokalhistoriker von der Ausstellung zur Zwangsarbeit in Südniedersachsen und Hans Georg Schwedhelm, VVN-BdA Göttingen einen Rundgang um das Schickert-Gelände angeboten. Trotz schlechtem Wetter haben ca. 100 Menschen an dem Rundgang teilgenommen. Die Teilnehmerzahl dokumentiert das Interesse an dem Thema. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ in Göttinger werden die beiden im Herbst diesen Jahres die Geschichte der Schickert-Werke und die aktuelle Situation darstellen.

Weiter Informationen zum Thema „Schickert“: Siedbürger, Dr. Günther „Zwangsarbeit im Landkreis Göttingen“; Herausgeber: Landkreis Göttingen, Mecke Druck, Duderstadt, 2005

Menschenleben hat der Bau des Werkes gekostet? Wie hießen die Opfer? Woher kamen sie? Unser Ziel ist, daß auf dem Gelände für die Öffentlichkeit zugänglich die Geschichte des Werkes dokumentiert wird. Die Namen der Opfer, die dafür Verantwortlichen und wer nach 1945 zur Rechenschaft gezogen wurde, soll dargestellt werden. Dies wollen wir mit dem Verfahren zum Denkmalschutz erreichen.

## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: [goettingen@fgbrdkuba.de](mailto:goettingen@fgbrdkuba.de) • [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)



### Mitgliederversammlung:

**12. Juli, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße**



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Absage der Veranstaltung „ConFilo“ am 16. Juni

Wie inzwischen bekannt, mussten wir – bzw. die kubanische Botschaft – die Veranstaltung mit Michel Torres Corona absagen. Der Grund: Massive Drohungen eines offensichtlich „mobilen“ (mit dem PKW unterwegs) Störungsteams der „Miami-Mafia“, das von Veranstaltung zu Veranstaltung reisen wollte.

Hier ein Auszug aus der PE des Netzwerk-Cuba:

**„Es reicht: Wir prangern die Kubafeindlichkeit an! Die Drohungen und Attacken müssen gestoppt werden“**

Die Kuba-Solidaritätsbewegung in Deutschland hat den jungen kubanischen TV-Moderator Michel Torres („Con Filo“) zu öffentlichen Veranstaltungen in mehrere Städte eingeladen. Er sollte hier darüber berichten, wie die reaktionären Kräfte innerhalb und außerhalb Kubas ihre Lügen- und Hetzkampagnen gegen das sozialistische Kuba betreiben. In seinen Sendungen klärt Michel Torres meisterhaft über diese Lügen, Fake-News und die permanenten Manipulationen auf.

Nun musste sein Besuch leider abgesagt werden: in einigen Sozialen Medien und in anderen Foren und Formen tauchten immer mehr Drohungen und aggressive Parolen gegen seine geplanten Auftritte auf.

Erst kürzlich wurde das kubanische Musikerduo „Buena Fe“ in Auftritten in Spanien von gewaltbereiten „Freiheitskämpfern“ bedroht und ihre Auftritte gestört oder auf Druck sogar abgesagt bzw. verlegt! So mussten zwei Konzerte in Salamanca und Zamora wegen angekündigter Randalen abgesagt werden. Über 1.400 Künstler und Intellektuelle aus vielen Teilen der Welt solidarisierten sich spontan mit den angegriffenen kubanischen Musikern, darunter der Befreiungstheologe Frei Betto, der ehemalige Direktor von Le Monde diplomatique, Ignacio Ramonet, sowie der spanische Europaabgeordnete Manu Pineda. In ihrer Erklärung klagen sie an, »dass ausgerechnet diejenigen, die sich als Verteidiger der Freiheit und der Menschenrechte bezeichnen, zur Gewalt greifen, um diejenigen einzuschüchtern, die sich einfach nur durch Kunst und Musik ausdrücken wollen«. Dass einige Contras zu fast allen Mitteln der Verhinderung

# FIESTA MONCADA

## 19. August 2023

**Botschaft der Republik Kuba**

Außenstelle Bonn - Kennedyallee 22 - 24

**15:00 - 20:00 Uhr**

Eintritt frei!



*Solidarität*



*...ist  
die Zärtlichkeit  
der Völker!*

**Kuba-Musik Live  
Hemingway Cocktail-Bar  
Kubanische Küche,  
INFO-Ecke,  
Kinder-Spiele mit Clown  
Trampolin, ...**

**MUCKI**

### FEST DER FREUNDSCHAFT

Veranstalter: Botschaft der Republik Kuba - Außenstelle Bonn und Cuba-Hilfe Dortmund, Cuba si, DKP-Kuba AG, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ( Bundesvorstand, Regionalgruppen Bonn, Essen, Köln, Düsseldorf ), Humanitäre Cuba-Hilfe, Soli Cuba, SDAJ, SJD-Die Falken, u.A..



V.i.S.d.P. Friedhelm Böcker/ INFO: [www.cuba-dortmund.de](http://www.cuba-dortmund.de) / Druck: ProDruck

von freier Meinungs- äusserung und von sachlichem Dialog zu greifen bereit sind, zeigen sie seit Jahren in Miami/Florida, wo kubanische Künstler und Intellektuelle bedroht und teilweise attackiert wurden, wenn sie sich nicht als Gegner des sozialistischen Kuba erklärten. ...“ (die komplette Erklärung kann angefordert werden unter:

[goettingen@fgbrdkuba.de](mailto:goettingen@fgbrdkuba.de))

## Die Internet-Kampagne gegen Cuba!

**Dienstag, 25. Juli 2022, 19.00 Uhr**

Der Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Er wird per mail mitgeteilt oder kann erfragt werden unter: [goettingen@fgbrdkuba.de](mailto:goettingen@fgbrdkuba.de)

In Einschätzung der Absage möchten wir mit Interessierten einen Abend gestalten mit:

- ★ Eine Sendung „ConFilo“ mit deutschen Untertiteln (15 Min),
- ★ Vorstellung eines Interviews mit Michel Torres aus dem Jahr 2022
- ★ Repressionen bei öffentlichen Veranstaltungen
- ★ Pressefreiheit in Cuba

Freundschaftsgesellschaft  
BRD - Kuba e.V.



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,  
<https://goettingen.dkp.de> ★ [goettingen@dkp.de](mailto:goettingen@dkp.de)



# DKP

Deutsche Kommunistische Partei

## ► Kriegs-Hinterland – wollen wir das?

Im Juni besuchte Iryna Tyrbinka, Generalkonsulin der Ukraine in Hamburg, mit großem Pressebahnhof die Universitätsmedizin Göttingen (UMG). Laut „Göttinger Tageblatt“ informierte sie sich über die Versorgung schwer verletzter ukrainischer Patienten und bedankte sich für die Aufnahme dieser Patienten. Mindestens zwei davon sind laut der Web-Site der UMG keine Zivilisten, sondern in den Kämpfen zwischen der russischen Föderation und der Ukraine verletzte Soldaten. Parallel zu dieser Teil-Umwandlung der Göttinger Universitätskliniken in ein Lazarett für die ukrainische Armee hat die UMG bereits 2022 medizinisches Gerät direkt an die ukrainische Armee geliefert.

Nichts bekannt ist von der Behandlung der Opfer ukrainischer Luft- oder Artillerieangriffe auf den Donbass oder andere Kriegsgebiete – weder Zivilisten noch etwa Soldaten werden hier entsprechend behandelt. Durch das von der Bundesregierung verfügte Schließen fast aller russischen Konsulate auf deutschem Boden hätte ab nächstem Jahr auch kein russischer Diplomat mehr die Möglichkeit, sich für humanitäre Hilfeleistungen deutscher Mediziner zu bedanken.

Diese Einbeziehung deutscher Kliniken in dem russisch-ukrainischen Krieg ist noch die humanitärste Variante der zunehmenden Verwandlung Deutschland in ein Hinterland der ukrainischen Streitkräfte. Das betrifft alle Teile der Republik. Von Wiesbaden und Stuttgart aus werden alle elektronisch unterstützten Flugbewegungen der US-amerikanischen Streitkräfte koordiniert. Trotz Geheimhaltung

selbst gegenüber den entsprechenden Stäben der verbündeten Bundeswehr kann mit hoher Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Steuerung aller Luft- und Raketenangriffe, die von der Ukraine aus gegen den Donbass, die Krim oder andere Teile des Kriegsgebietes durchgeführt werden, von deutschem Boden aus mindestens mit koordiniert wird. Es ist völlig klar, daß diese Befehls- und Kommandozentralen bei jeder Eskalation des Krieges sofort im Zentrum möglicher Luftschläge stünden.

Niedersachsen wird in mehrfacher Hinsicht zunehmend Hinterland der NATO-Kriegsführung gegen Russland.

### Mitgliederversammlungen Juli 23

4. Juli:

18. Juli:

*Die Themen der Versammlungen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.*



## Das ist keine Übung!

Mit „Air Defender 23“ probt die NATO den dritten Weltkrieg.

[unsere-zeit.de](http://unsere-zeit.de)

ren. ... Bei der Panzermunition verfügen wir über die größte Fertigungskapazität der Welt. Da gibt es kein Problem.“ Diese „größte Fertigungskapazität“ steht in der niedersächsischen Südde.

Das Spiel mit dem Feuer wird immer weiter getrieben – nach einer Runde, in der es nochmal gut ausgegangen ist, kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die nächste. Ein solches Spiel mit dem Feuer war das bisher größte NATO-Luftmanöver, das im Juni unter Führung der Bundeswehr stattgefunden und nebenbei Tonnen von Kerosin in die Atmosphäre geblasen hat. Das entscheidende Drehkreuz für alle dort mit Blickrichtung nach Osten durchgeführten Flugübungen war das niedersächsische Wun-

storf am Steinhuder Meer. Die von dort aufsteigenden Flugzeuge übten Manöver nicht nur über der Nordsee, sondern bis an die Grenze des russischen Luftraums, der bekanntlich Kriegsgebiet ist. Eine Unachtsamkeit oder ein einziger Versuch irgendeines Piloten, sich besonders wagemutig zu zeigen, hätte eine Katastrophe auslösen können.

Frank, frei und stolz verkündete am 10. Juni im „Göttinger Tageblatt“ Armin Pappberger, Vorstandsvorsitzender des auch in Niedersachsen produzierenden Rüstungsgiganten Rheinmetall, dessen Aktienkurs in den letzten Monaten nach oben katapultiert wurde: „Ein Großteil unseres Wachstums ist auf den schrecklichen Krieg in der Ukraine zurückzuführen.“

# GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Die fetten Jahre sind vorbei

**Vonovia und Co. in Bedrängnis. Mieter zahlen für die Krise der Immobilienwirtschaft. Am 17. Mai luden gleich zwei große Wohnungskonzerne ihre Aktionäre zur Hauptversammlung ein, Branchenprimus Vonovia SE und die LEG Immobilien SE aus Düsseldorf. Beide Versammlungen wurden begleitet von Mieterprotesten und den Interventionen „kritischer Immobilienaktionäre“.**

(aus: UZ v. 26.5.2023, von Hendrik Böhner)

Am vergangenen Samstag zog zudem eine Demonstration der Vernetzung „Gemeinsam gegen Vonovia & Co.“ vor den Hauptsitz der Vonovia in Bochum.

So vielfältig der Protest von dieser Seite auch ausfiel, auf der Liste der größten Sorgen der Konzernvorstände dürfte er sehr weit unten rangieren. Dort stehen an erster Stelle die veränderten Kapitalmarktbedingungen, die insbesondere die Immobilienwirtschaft hart getroffen haben.

Es geht um nichts Geringeres als die Frage, ob und wie die Konzerne zahlungsfähig bleiben.

Zur Erinnerung: Rund ein Jahrzehnt lang boomte die Branche. Auf jeder Immobilienmesse knallten die Sektorkorken aus Freude über üppige Divi-

denden und noch fettere Kursgewinne. Neben einiger politischer Vorarbeit war es vor allem die günstige Zinslage, die den Immobilienboom befeuerte und die enorme Expansion von Vonovia und auch der LEG ermöglichte. Die immer neuen Kredite für Ankäufe und Übernahmen konnten so stets günstig refinanziert werden.

Zudem ließen sich die Werte der Wohngebäude in den Büchern hochschreiben. So stand der hohen Verschuldung ein fiktiver Wert gegenüber, der die Expansionsspirale in Gang hielt.

Doch damit ist es bekanntlich vorbei. Der Kurs der Zentralbanken auf Zinserhöhungen hat diesem Wachstumsmodell nicht nur die Grundlage entzogen, er gefährdet nun akut den Bestand der Konzerne als solche. Das drückt sich unter anderem darin aus,

dass statt weiterem Wachstum nun der Verkauf von Wohnungen oder Anteilen an Tochtergesellschaften auf dem Programm steht. Vonovia hat bereits Mitte 2022 angekündigt, rund 66.000 Wohnungen verkaufen zu wollen.

Die Erlöse aus den Verkäufen werden dringend benötigt, um sogenannte Finanzierungslücken zu schließen. Denn bei der Vonovia werden jedes Jahr Kredite und Anleihen im Umfang von rund 4 Milliarden Euro fällig. Woher aber nehmen, wenn das operative Geschäft, also die Vermietung von Wohnraum, das nicht hergibt? Neue Kredite aufzunehmen ist bei der derzeitigen Zinslage keine Option. Da muss Liquidität aus anderen Quellen her und das geht auch an den Aktionären nicht vorbei. Ihre Dividende wurde knapp halbiert im Vergleich zum Vorjahr. Ein Ringen der unterschiedlichen Kapitalinteressen, wie man offen zugab.

Der Verkauf von Wohnungsbeständen ist allerdings auch kein Königsweg für die Konzerne. Denn er schmälert nicht nur die Einkommensbasis des Vermietungsgeschäfts, sondern sieht sich mit tendenziell sinkenden Preisen konfrontiert. Ein Verkauf unter den Werten, die man in die Bilanz eingestellt hat, kann die Abwärtsspirale jedoch weiter befeuern.

Ein Szenario, das einem vielleicht eine gewisse Schadenfreude ins Gesicht zaubern könnte. Immerhin ist die selbstgefällige Gewinnermaskerade dahin. Doch die Krise des Immobilienkapitals ist noch kein Gewinn für die Mieterinnen und Mieter. Sie zahlten die Gewinne während der Boomphase und sie werden nun auch für die Krise zahlen. Der Blick auf noch ehrgeizigere Mieterhöhungen ist längst systematisch geschärft und die Instandhaltung der Wohnungen wird ein weiteres Opfer sein. Zu gewinnen ist auch unter Berücksichtigung der derzeitigen politischen Verhältnisse vor allem Bewusstsein – darüber, dass die kapitalistische Wohnungswirtschaft nicht dem Interesse der Arbeiterklasse und übrigen Werktätigen folgt.



Er war bei der LEG-Hauptversammlung als „kritischer Aktionär“ dabei und schilderte dort den -zumeist uninteressierten - Kapitalverteiler\*innen die Zustände hier in Grone: Hendrik Falkenberg



## Aktiventreffen

Am **05.07** nehmen wir am Altstadtlauf teil. Kommt gern zum Anfeuern oder Mitlaufen vorbei.

## Aktiventreffen

Input zur Krise der Gewerkschaften am **12.07 um 19:00 Uhr** im Foyer des Roten Zentrums, Lange Geismar Str 2, 37073 Göttingen.

## Unterschriften Sammeln für die Kampagne

Jeden Freitag Nachmittag oder Samstag Vormittag sammeln wir Unterschriften

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis

**Mittwoch, 5. Juli, 19:00 Uhr** im Neuen Rathaus, Raum 1118  
Thema: Regionale Umsetzung Hartz IV/ Bürgergeld  
(ausführlich S. 10)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Veranstaltung:

### China - unerwartete Probleme beim Aufstieg zum Welthegeemon

am **27.07.2023, 19:00 – 21.30 Uhr** im Selbsthilfe Körperbehinderter, Neustadt 7, 37073 Göttingen mit Prof. Dr. Felix Wemheuer, Sinologe, Köln

Ist der atemberaubende Aufstieg des chinesischen Kapitalismus an seine Grenzen gestoßen? Jedenfalls mehren sich die Anzeichen, dass die inneren Probleme der ‚Volksrepublik‘ ein größeres Ausmaß annehmen könnten als man noch vor einigen Jahren erwarten konnte: Anstieg der Arbeitslosigkeit, Kaufkraftschwund, Minderheitenproteste und eine nicht endende Immobilien- und Bankenkrise. Und nicht zuletzt bleibt zu erwähnen, dass der Ukraine-Krieg nicht ins Konzept der der Partei- und Staatsführung passt. Gleichwohl muss vor einem vorschnellen Abgesang auf einen weiteren Aufstieg Chinas gewarnt werden. Die Wirtschaft wächst weiterhin, das politische Regime sitzt sicher in seinen Stühlen.



## KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46  
[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

## Jugendverband [;solid]:

[goettingen@linksjugend-niedersachsen.de](mailto:goettingen@linksjugend-niedersachsen.de)  
und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)  
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:  
[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368  
[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz  
[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

E-Mail: [Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de](mailto:Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de)  
Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### AG Antifa

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-bg@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-bg@dielinke-goettingen.de)

### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer  
E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,  
E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,  
E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)  
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG  
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

## ► Kniefall vor den Rechten

Die Innenminister der Europäischen Union haben die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl beschlossen. Das ist ein Frontalangriff auf die Rechte Schutzsuchender und ein Anschlag auf die Menschenrechte. Zukünftig sollen Geflüchtete in Lagern an den EU-Außengrenzen unter haftähnlichen Bedingungen interniert werden, Asylanträge in Schnellverfahren bearbeitet und Abschiebungen in Drittländer ausgeweitet werden. *Von Janine Wissler*

### Lagerhaft für Kinder

Es geht um Menschen, die kein Verbrechen begangen haben, die auf der Flucht sind vor Kriegen, Verfolgung, Hunger. Nicht mal Familien mit kleinen Kindern sind ausgenommen. Es wird ernsthaft diskutiert, wie man Kinder kindgerecht inhaftieren und möglichst „human“ einsperren kann, was unvereinbar mit der Kinderrechtskonvention ist. Und diese Einigung feiert Bundesinnenministerin Faeser als einen „historischen Erfolg“ für eine solidarische Migrationspolitik. Um die Grenzverfahren durchzuführen, braucht man an den EU-Außengrenzen Lager mit 30.000 de facto Haftplätzen. Und Frau von der Leyen reiste gerade ausgerechnet mit Meloni nach Tunesien, um einen weiteren Autokraten als Türsteher Europas zu gewinnen.

Was hat das mit den viel beschworenen „europäischen Werten“ zu tun? Über Trump hat man sich empört, als er Kinder einsperren ließ, jetzt zieht die Festung Europa die Mauern wei-

ter hoch. Es ist eine Schande. Ich war auf Lesbos, in Moria, in Kara Tepe. Wo Menschen jahrelang in Zelten leben. Bei Kälte wie bei Hitze. Ich habe Kinder getroffen, die in ihrem Leben noch keinen Spielplatz gesehen haben. Dort sind die „Ärzte ohne Grenzen“ im Einsatz, weil es sonst keine medizinische Versorgung gäbe – in einem Land der Europäischen Union. Solche Lager dienen jetzt als Vorbild – sie sind europäische Modellprojekte, finanziert mit EU Geldern.

### Das Auswärtige Amt sabotiert die Seenotrettung

Zwei Meldungen vom gestrigen Tag: Die erste: Nach einem Bootsunglück vor Griechenland werden Hunderte vermisst. Während Seenotrettungsschiffe in Italien festgehalten werden und anderen das Geld fehlt, um auszulaufen, ertrinken Menschen. Und die zweite: Das Auswärtige Amt blockiert die beschlossene Millionenhilfe für zivile Seenotretter und hält versprochene Zahlungen zurück. Nein, es ist kein tragisches Unglück, wenn Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken, es ist die Folge einer Politik der Abschottung, der Kriminalisierung ziviler Seenotrettung und der Pushbacks. Das Mittelmeer wird zum Massengrab, weil es keine sicheren Fluchtrouten geben soll.

Was die Ampel mit beschlossen hat, bedeutet, das Recht so lange an den faktischen Zustand des Asyl-Unrechts anzupassen, bis Unrecht zu Recht geworden ist. Wovon Horst Seehofer



träumte, setzt eine sozialdemokratische Innenministerin um – mit Unterstützung der grünen Mitglieder der Bundesregierung. Das hat mit dem Koalitionsvertrag und einer humanen Asylpolitik nichts zu tun.

Das ist ein Kniefall vor Rechtsaußen und ein politischer Offenbarungseid. Der Beschluss ist ein Erfolg für die rechten Kräfte in Europa und wird sie weiter stärken. Diese Lehre sollte man gezogen haben aus der Debatte um den Asylkompromiss 1993 und der Welle rechter Gewalt damals. Der Jahrestag des Brandanschlags von Solingen jährte sich gerade zum 30. Mal – er ereignete sich drei Tage nach der Abstimmung über die Asylrechtsverschärfung.

### DIE LINKE wird für das Recht auf Asyl kämpfen

Flucht ist kein Verbrechen. Menschenrechtsorganisationen wie ProAsyl und Amnesty sind entsetzt, es gibt laute Kritik aus Gewerkschaften, Kirchen, von Kulturschaffenden und auch aus SPD und Grünen. DIE LINKE wird im Europäischen Parlament, im Bundestag und auf der Straße für das Recht auf Asyl kämpfen. Wir sollten nie vergessen: Die Genfer Flüchtlingskonvention war auch eine Lehre aus dem Schicksal vieler jüdischer Flüchtlinge, die an Grenzen abgewiesen wurden und keine Aufnahme fanden, als sie Schutz vor den Nazis suchten.

Diese Entscheidung ist historisch. Sie hat fatale Folgen für Schutzsuchende und dieser Asylkompromiss 2.0 wird für immer mit der Regierungszeit der Ampel verbunden sein. So wie der Asylkompromiss von 1993 heute sinnbildlich für die Entrechtung Geflüchteter und das Einknicken vor den Rechten steht. Damals standen die Grünen mit uns auf der Seite der Menschenrechte. Heute müssen Sie entscheiden, auf welcher Seite Sie stehen.



Flüchtlingslager



## ► Öffentlichen Personennahverkehr öffentlich machen

Eines der Kernziele linker Politik ist es, dass die Daseinsvorsorge wie der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) als öffentliche Aufgabe wieder zurück in öffentliche Hände kommt. Im Landkreis Göttingen wird er aber derzeit außerhalb der Stadtgrenzen an Privatunternehmen vergeben. Der Zweckverband Verkehrsverbund Südniedersachsen (ZVSN) fungiert für die Landkreise Göttingen (ohne Stadt), Northeim und Holzminde als übergeordnete öffentliche Struktur, die die Ausschreibungen organisiert. Sie ist wiederum der Landesverkehrsgesellschaft Niedersachsen untergeordnet. Jede, auch die kleinste, Tarifverbesserung muss hier mühsam erkämpft und gegenfinanziert werden, da das ganze System chronisch unterfinanziert ist.

Immerhin kam es in ganz Südniedersachsen bereits vor der Einführung des 2022 geltenden 9-Euro-Tickets zu einer großangelegten Tarifreform mit zum Teil deutlichen Preissenkungen. So kostet der Einzelfahrschein innerhalb des ZVSN maximal fünf Euro. Auch die übrigen Tarife sind gedeckelt und insgesamt einfacher und günstiger gestaltet worden.

Was nützt aber ein günstiges Ticket, wenn in vielen Orten im Kreisgebiet sich die Busanbindung im wesentlichen auf den Schülerverkehr beschränkt? Auch gerieten durch die stark angestiegenen Energiepreise die beauftragten Busunternehmen in eine Kostenfalle. Teilweise kam es bei einzelnen Verbindungen bereits zu Angebotseinschränkungen; und das in einem Gebiet, in dem die Ausdünnung von Verkehrsleistungen ohnehin Standard ist. Auch wird es immer schwieriger, den Standard in der Schülerbeförderung aufrecht zu erhalten, hier häufen sich die Beschwerden der Eltern. Viele fahren lieber ihre Kinder selbst zur Schule, was für den Klimaschutz völlig kontraproduktiv ist und wiederum zu Verkehrsproblemen vor den Schulen führt. Und es fehlen die Busfahrer, offensichtlich ist der Beruf nicht mehr attraktiv genug.

Der ÖPNV muss also deutlich günstiger werden; und zwar bei einem verbesserten Angebot, das die Bevölkerung in der Fläche nicht stehen bleiben lässt. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt: Werden die Fahrpreise gesenkt, nutzen die Menschen den ÖPNV in viel stärkerem Maße.

Es braucht mehr finanzielle Mittel. So unterstützten wir eine im Oktober 2022 beschlossene Resolution, die die Bundespolitik um eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel bittet, um die erhöhten Kosten aufzufangen und das bisherige (dünne) Angebot überhaupt aufrecht erhalten zu können.

Neben einer deutlichen Erhöhung der Mittel muss sich aber auch die Struktur des ÖPNV ändern, um die von Leistungseinschränkungen geprägte Situation des ÖPNV im Kreisgebiet langfristig in den Griff zu bekommen. DIE LINKE im Kreistag stellte im Oktober 2022 einen Prüfantrag zur Rekommunalisierung des ÖPNV im Landkreis Göttingen. Die Kreisverwaltung sollte die Beteiligung an einer kommunalen Verkehrsgesellschaft oder die Einrichtung einer solchen untersuchen, um in diesem Rahmen eine Inhouse-Vergabe des ÖPNV im Landkreis Göttingen nach dem Auslaufen der Vergabe der jeweiligen Teilnetze durchführen zu können. In Betracht kommen eine Beteiligung an den Göttinger Verkehrsbetrieben, an der Einbecker Ilmebahn GmbH oder die Einrichtung eines eigenen kreiseigenen Verkehrsunternehmens. Tatsächlich wurde der Prüfantrag am 21.12.2022 mit deutlicher Mehrheit gegen die Stimmen der CDU angenommen, was bereits als Teilerfolg anzusehen ist.

Im zuständigen Fachausschuss wurde dann am 13. Juni das ernüchternde Ergebnis der Prüfung präsentiert. Als Gründe gegen die Rekommunalisierung wurden u.a. aufgeführt

- die Ankündigung der Ausschreibung von Teilnetzen zum August 2024
- die Sicherung des regionalen Mittelstands, auch als Subunternehmer
- höhere Kosten der kommunalen An-

### Kontakt

**DIE LINKE.**

**im Kreistag Göttingen**

Kreistag, Zimmer 66  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

[dielinke@landkreisgoettingen.de](mailto:dielinke@landkreisgoettingen.de)  
[www.dielinke-goettingen.de](http://www.dielinke-goettingen.de)

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr  
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



bieter gegenüber privaten Busunternehmen, Mehrkosten insgesamt 3-5 Mio. Euro jährlich im Landkreis.

- Eine kommunale Mitsprache- und Steuerungsmöglichkeit würde schon jetzt durch den ZVSN, die der Fahrgäste durch den Fahrgastbeirat gewährleistet.
- Steuerung durch Ausschreibung und Sanktionsmöglichkeiten seien gegeben.

Das überzeugendste Argument sind natürlich die angenommenen immensen Mehrkosten, die allerdings im Wesentlichen auf Kosten der Busfahrer erwirtschaftet werden. In Zeiten des Fachkräftemangels ist allerdings die Frage, ob sich eine solche Sparstrategie auszahlen wird. Die Sicherung des „regionalen Mittelstandes“ geht also zu Lasten der Busfahrer und erscheint hier als ideologisches Argument. Auch zeigt die Erfahrung als Kreistagsabgeordneter, dass die Steuerungsmöglichkeiten durch den ZVSN kaum gegeben sind, zumal der ZVSN-Beirat, in dem alle Fraktionen vertreten waren, 2016 abgeschafft wurde. Gerade die Umsetzung der Tarifreform erwies sich als ausgesprochen zähe Angelegenheit.

Als Fraktion werden wir uns jedenfalls weiterhin für eine Rekommunalisierung des ÖPNV und weiterer Bereiche der Daseinsvorsorge einsetzen, auch wenn uns wie jetzt im Fachausschuss weiterhin Ablehnung entgegen schlägt.

## (...) Fortsetzung „Arineo Studie zu den Kindertagesstätten in Göttingen“ von Seite 10

Die Stadt hat z.B. die Möglichkeit, sofern der Rat (und sein Haushaltsbündnis) zustimmt, den Kriterienkatalog, der den Trägern die Abrechnung von Leistungen mit der Stadt ermöglicht, zu erweitern.

Z.B bezogen auf die Verfügungszeit: Hier zahlt die Stadt bisher nur den Mindeststandard. Diese Zeit muss erweitert werden und hätte dann sicherlich direkte Auswirkungen auf die Arbeitszufriedenheit und könnte erstmal etwas Druck von den Teams nehmen.

Das Zeitkontingent für Hauswirtschaftskräfte, das bisher 2 Minuten pro Kind und Tag vorsieht, könnte erhöht werden, damit diese Kräfte mehr Aufgaben in ihrem Arbeitsbereich übernehmen können und auch damit ein Team entlasten.

An das Land richtet sich die Forderung, den Trägern mehr eigenständige Verantwortung zu geben, wenn ungelernete, aber geeignete Kräfte in Randzeiten (neben einer Fachkraft) die Kita unterstützen. Hier gibt es z.Zt. nur äußerst langwierige Zustimmungsverfahren.

Die Meinungen gehen weit auseinander, wenn es um den (bezahlten) Einsatz von Eltern geht. Und auch darum, ob es eine Möglichkeit geben könnte,

Eltern – so ganz nebenbei - an anfallenden Kosten zu beteiligen, obwohl doch der Rechtsanspruch auf den kostenlosen Kitabesuch für über 3-jährige besteht.

Die Fachkräftegewinnung und vor allem deren Ausbildung mit Bezahlung steht landesweit an. Denn alle Sonderprogramme und spezielle Richtlinien können nicht kompensieren, was gebraucht wird: Erzieherinnen die in einem Ausbildungsverhältnis stehen, das dann auch ihre Tätigkeit honoriert.

Heute gibt es Teilzeit – und Vollzeitausbildungen und die Fördermöglichkeiten sind ein wahrer Dschungel.

Die Teilzeitausbildung als Sozialassistent\*innen wird ab Sommer gefördert, wenn die Person in der Kita arbeitet. Die Krippe oder andere Bereiche sind von der Förderung ausgenommen.

Die Erzieher\*innenausbildung in Vollzeit ermöglicht die Inanspruchnahme von Meister-BAföG ohne Rückzahlungsverpflichtung.

Wie kann aber einem Quereinsteigern der Weg in das pädagogische Berufsfeld ermöglicht werden und stehen diese am Ende mit einer anerkannten Ausbildung da?

Ein Kitabetrieb benötigt immer einen zuverlässigen personellen und finanziellen Rahmen, damit ein Team das pädagogische Konzept umsetzen und weiter entwickeln kann, auch mit Quereinsteigern. Das bedeutet, dass dazu Verfügungszeit, Weiterbildung und die Anerkennung der Zeit, die die Anleitung der Auszubildenden benötigt, zur Verfügung stehen muss und auch bezahlt wird.

Und das sagt der Koalitionsvertrag der „Ampel“ zu den Fachkräften: „Gemeinsam mit den Ländern und allen relevanten Akteuren entwickeln wir eine Gesamtstrategie, um den Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe zu sichern und streben einen bundeseinheitlichen Rahmen für die Ausbildung an. Sie soll vergütet und generell schulgeldfrei sein. Mit hochwertigen Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung, sorgen wir für attraktive Arbeitsbedingungen. Wir wollen die praxisintegrierte Ausbildung ausbauen, horizontale und vertikale Karrierewege sowie hochwertige Fortbildungsmaßnahmen fördern und Quereinstieg erleichtern. Umschulungen werden wir auch im dritten Ausbildungsjahr vollständig fördern.“

Die hierbei allerdings wichtigste Frage: Werden für die Ausbildung ausreichende Finanzmittel für die Länder/ Kommunen bereitgestellt und wann ist mit Veränderungen zu rechnen? Auf diese Frage ist zurzeit keine Antwort zu hören, obwohl Fachverbände, Elternverbände, Gewerkschaft und auch Oppositionsparteien Druck machen.

Und bei all den Fragen ist noch lange nicht in der Diskussion, wie eine Kita in - sagen wir - 10 Jahren arbeiten soll. Als Konstrukt mit Ehrenamtlichen, Hilfskräften und reduzierten Zeiten? Oder - wie im Bildungsplan beschrieben - als qualifizierte Institution, die so ausgestattet ist, dass die Empfehlungen des Bildungs- und Erziehungsauftrags umgesetzt werden können und eine stetige Weiterentwicklung möglich ist?

(cs)

KITA eines „freien Trägers“ in Grono





Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

 Spendenkonto:  
 IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

## ► Kommunale Antidiskriminierungsstelle

Im letzten Jahr wurde durch Veranstaltungen im Haus der Kulturen die Diskussion zu einer zentralen Kommunalen Antidiskriminierungsstelle (AD-Stelle) angestoßen. An den Veranstaltungen beteiligten sich Kommunalpolitiker\*innen, kommunale und universitäre Institutionen, Sozialberater sowie Göttinger Akteure und Organisationen, die sich für von Diskriminierung betroffene Gruppen wie behinderte oder queere Menschen einsetzen, Migrantenselbstorganisationen sowie Akteurinnen und Strukturen der Gleichstellungsarbeit. Dies führte dazu, dass Stadtrat und Kreistag entsprechende Beschlüsse fassten und die notwendigen Mittel und Stellenanteile in den Haushalten verankert wurden. Während dies in der Stadt einvernehmlich geschah, stimmte im Kreistag die CDU dagegen.

Getragen werden soll die zentrale AD-Stelle durch ein zivilgesellschaftliches Netzwerk aus den unterschiedlichen Beratungsstellen, wobei die Stelle vor allem eine Koordinationsfunktion wahrnehmen soll.

Ein gemeinsamer Förderantrag bei Demokratie leben zum Netzwerkaufbau war im Frühjahr erfolgreich. Eine Projektstelle bzw. die halbe Stelle der Stadt sind im Juni besetzt worden. Die Besetzung einer halben Landkreisstelle verzögert sich aufgrund eines erst Ende Juni aufgehobenen Sperrvermerkes.

Als nächste Schritte sollen dann eine interne Fortbildung erfolgen, die Steuerungsgruppe gebildet werden und im Herbst eine „Kick-off“-Veranstaltung stattfinden.

Der Steuerungsgruppe kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Diese soll ausgewogen aus Stadt und Kreis besetzt sein, möglichst alle im AGG aufgezählten diskriminierten Gruppen umfassen, geschlechterparitätisch sein und Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft möglichst mit Beratungserfahrung zu Diskriminierung umfassen.

Die eigentliche Netzwerkbildung soll nach dem Aufbau der Steuerungsgruppe und der „Kick-off-Veranstaltung“ im Wesentlichen durch die Projektstelle erfolgen.

### Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,  
 Lange Geismarstraße 2  
 37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)
**SprecherInnenkreis:**

 Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,  
 Bärbel Safieh, Christa Siebecke,  
 Rieke Wolters, Dr. Gülsan Yalçın

**Schatzmeister:**

Gunnar Siebecke

[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)
**Gruppe Grone:**
[grone@goettinger-linke.de](mailto:grone@goettinger-linke.de)
**Gruppe Gleichen:**
[gleichen@goettinger-linke.de](mailto:gleichen@goettinger-linke.de)
**Fraktion Göttinger Linke**
**im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon 0551 - 400 2347

[goelinke-ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-ratsfraktion@goettingen.de)
**Fraktionsmitarbeiter:**

Oliver Preuß

**Öffnungszeiten des Büros:**

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

**Fraktionssitzung:**

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

**Mandatsträger\*innen:**

Nornia Marcienkiwicz

Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),

Torsten Wucherpfennig

## ► Arineo Studie zu den Kindertagesstätten in Göttingen:

**Situation und Verbesserungspotenziale der Kindertagesstätten in der Stadt Göttingen**

Im Herbst 2022 wurde die Firma Arineo durch die Stadt Göttingen angefragt, ob sie zu der Kita-Situation eine Erhebung machen könnte. Dies hat – stichprobenartig – inzwischen sattgefunden. Initiatoren waren große Träger von Kitas in Göttingen. Der Bericht wurde durch Arineo kostenfrei erstellt. Neben dem gesetzlichen Rahmen beschäftigt sich die Studie mit der Situation von einigen Kitas in Göttingen; dazu wurden Fragebögen erarbeitet und Interviews geführt. Anfang Juni trafen sich die großen Träger, Bildungsträger, Stadt und Mtlg. d. Jugendhilfeausschusses, um über den Bericht zu beraten.

Die dort vorgelegte Situationsbeschreibung bringt Bekanntes noch einmal auf den Punkt: Eltern wollen zu-

verlässige Betreuung; pädagogische Fachkräfte wollen und benötigen, um ihre Arbeit zuverlässig ausführen zu können, genügend Kolleg\*innen und allgemein gute Arbeitsbedingungen, die zur Arbeitszufriedenheit führen.

Wie aber könnte eine Entlastung und Verbesserung in den Kitas erreicht werden? Was kann die Stadt Göttingen tun, aber wo müssen Land und Bund tätig werden? Im Bericht gibt es dazu zahlreiche Fragen, Impulse und Lösungsvorschläge. Hier ist es nicht möglich, alle genannten Aspekte ausführlich zu beschreiben und zu bewerten. Deshalb werden exemplarisch einige Aspekte angerissen.

(...) weiter auf Seite 9

### Kommunalpolitischer Arbeitskreis

**Mittwoch, 5. Juli, 19:00 Uhr  
im Neuen Rathaus, Raum 1118**
**Thema: Regionale Umsetzung Hartz IV/ Bürgergeld**

Das gemeinlich unter Hartz IV bekannte ALG II soll jetzt als Bürgergeld einen neuen betroffenenfreundlicheren Anstrich erhalten. Doch was hat sich wirklich verändert? Der Landkreis Göttingen ist eine so genannte Optionskommune, die im gesetzlich gesetzten Rahmen Hartz IV auch in der Stadt selbständig umsetzen kann. Wir wollen gemeinsam mit unabhängigen Berater\*innen überlegen, welche Probleme es immer noch gibt und wo wir als Kommunalpolitiker\*innen Handlungsbedarf haben.

**Mittwoch, 6. September, 19:00 Uhr  
im Neuen Rathaus, Raum 1118**

Thema stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**  
 im Rat der Stadt Göttingen

**Ratsinfo**

Im Juli 23

**aktuell**

## Keine weitere Kriminalisierung von Protesten

(Pressemitteilung vom 2. Juni)

Als Göttinger Linke Ratsfraktion sind wir schockiert über die jüngsten Ereignisse, in denen mit repressiven Mitteln gegen Klima-Aktivist\*innen vorgegangen wird. Angefangen bei der Kriminalisierung von Hochbeeten, friedlichen Uni- und Schulbesetzungen bis hin zu den Razzien bei Menschen, die sich gewaltfrei für wirksame Maßnahmen gegen die fortschreitende Klimakrise einsetzen - wir verurteilen den Umgang mit legitimen Anliegen von Protesten, in denen friedliche Aktivist\*innen Opfer von staatlicher Gewalt werden. Insbesondere bei Themen wie wirksamer Klimaschutz, bei denen Wissenschaft und Expert\*innen seit Jahrzehnten umfangreiche politische Maßnahmen unbeantwortet fordern, darf es keine weitere Kriminalisierung von Protesten geben. „Die Energie, die in Maßnahmen gegen Klima-Aktivismus gesteckt wird, sollte lieber in die Umsetzung selbst gesetzter Klimaziele - wie des Klimaplan 2030 - investiert werden. Strafen sollte es nur für die geben, die sich weigern, Verantwortung im Umgang mit der Klimakrise zu übernehmen.“, findet der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann.

Außerdem ist es auch absolut notwendig, dass der gesellschaftliche und politische Rechtsruck angegangen werden muss. Mehr noch - wir verlangen von der Zivilgesellschaft und der Politik ein Engagement gegen rechte Gewalt und wünschen uns einen parlamentarischen Antifaschismus, der jede Bemühungen im Kampf gegen rechten Terror willkommen heißt. „Für rechte Menschen ist Gewalt das erste Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologien. Jedes Jahr gibt es Opfer dieser menschenverachtenden Ansichten und wir müssen dabei zusehen, wie Nazis und andere gewaltbereite Menschen der AfD in unsere Parlamente einziehen.“, prangert Göttinger Linke Ratsherr Torsten Wucherpfennig an.

Es ist keine 100 Jahre her, dass Deutschland als faschistischer Staat den Tod von Millionen Menschen zu verantworten hat. Alle Menschen, die hier leben, tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass dieses Verbrechen an der Menschheit sich nicht wiederholt. „Gerade in Göttingen müssen wir der Wahrheit ins Gesicht blicken: Es gibt kein großes Nazi-Problem hier, weil Antifaschist\*innen sich konsequent gegen diese tödlichen Ideologien wehren - und das seit Jahrzehnten! Vergessen wir nicht, dass in Einbeck eine Antifaschistin mit einer Bombe angegriffen wurde, die der Staatsschutz dem Nazi zurück gegeben hatte - konsequenter Schutz vor Gewalt kommt nicht von der Polizei.“, so Wucherpfennig abschließend.

Göttingen ist die einzige Großstadt in Deutschland, in der die AfD nicht im Stadtrat vertreten ist, aber nach den jüngsten Äußerungen im Rat ist dies auch gar nicht mehr nötig - laut CDU-Stadtratsfraktion soll mit voller Härte auf legitimen Widerstand geantwortet werden. Wir begrüßen den Weg der Oberbürgermeisterin und der SPD, damit verhältnismäßiger umzugehen und keine Strafanzeigen zu stellen. Wir fordern ein Umdenken im Umgang mit Protesten, vor allem wenn bereits vor der Aktion die Gewaltfreiheit versichert wird. Göttingen soll und muss zum Schutz der Demokratie Widerstände aushalten.

## Solidarität mit den Besetzer\*innen der ehemaligen JVA

(Social Media Beitrag vom 12. Juni)

Heute fand der erste von mehreren Prozessen gegen ein\*e Besetzer\*in der ehemaligen JVA statt. Als Göttinger Linke Ratsfraktion haben wir kein Verständnis für die harte, repressive Methode mittels Strafanzeige seitens der Stadt gegen die Aktivist\*innen. Diese haben nach sehr vielen Jahren Leerstand und verfehlten Möglichkeiten der Stadt die noch stadteigene Immobilie erstmals der Öffentlichkeit für mehrere Tage zugänglich gemacht. Wir würden uns wünschen, dass die Stadt die Strafanzeigen zurückzieht und das Anliegen der Besetzung ernst nimmt. Schon jetzt werden ganze Bevölkerungsgruppen aufgrund stark gestiegener Mieten in den letzten Jahrzehnten aus der Innenstadt Göttingens vertrieben. Die Gentrifizierung, die das Göttinger Haushaltsbündnis durchsetzt, wird diese Ausgrenzung von vor allem bereits sozial benachteiligten Menschen noch weiter fördern. „Wir sind solidarisch mit den Menschen, die sich gegen den Verkauf stadteigener Immobilien und die Privatisierung öffentlicher Räume einsetzen. Wir dürfen unsere Stadt nicht noch weiter an den freien Markt verlieren - wir müssen Verantwortung übernehmen und Räume nach den Bedürfnissen der Menschen gestalten.“ sagt der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann.

### Kontaktdaten

#### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

**Fortsetzung: In eigener Sache von S. 1**

im Verhältnis zu ihren eigenen Öffentlichkeitsmaterialien - tragen können/wollen. Und: Ihr entsprechender, beschlossener Etat ist für 2023 bereits fast komplett aufgebraucht.

- Das bedeutet, dass das „Projekt“ Göttinger Blätter komplett unstrukturiert werden muss; offensichtlich noch nicht für die Ausgabe Juli/August

Verständlicherweise hängen daran ein paar weitere Überlegungen: Sowohl, was die Preisentwicklung für die verbliebenen Herausgeber\*innen je Adresse im zweiten Halbjahr angeht, was die „offiziellen“ Einladungen der Partei Die Linke, die Seitenzahl der GöBlätter und die „Einladungspflichten“ der Wähler\*innengemeinschaft entspr. Satzung etc. angehen, die jetzt im Einzelnen nicht beschrieben werden können, weil es einfach zu lang würde.

Mit den GenossInnen der Partei Die Linke haben über die Ausgabe Juli/August folgende Möglichkeiten ins Auge gefasst:

a) Die Partei Die Linke wird ab Sept. ihre eigenen Adressen per mail bedie-



nen; u.a., weil viele junge Menschen tatsächlich kaum noch eine Papierform nutzen (möglicherweise werden diejenigen aus der Partei Die Linke weiterhin bedient, die nicht über eine mail-Adresse verfügen). Die technischen und zeitlichen Voraussetzungen hierfür sind gegeben.

Aber für eine mögliche Versandart per mail können sich dann natürlich auch weitere Empfänger\*innen entscheiden (s. unten).

b) Oder die Partei Die Linke zieht sich komplett aus dem Projekt Göttinger Blätter (32. Jahr des Erscheinens) zurück. Das bedeutet, dass drei Seiten, die die Partei Die Linke bisher genutzt hat, entfallen. Da auch das Rote Zentrum in den letzten zwei Ausgaben deutlich gemacht, dass es - bereits ab der vorliegenden Ausgabe - nicht mehr dabei sein wird, sind das vier Seiten weniger. Das bedeutet, dass die ab September folgenden Ausgaben nur noch mit acht

Seiten erscheinen werden. Auch hier ist eine Kosten- und Versandstruktur zu erarbeiten.

Leider lag am Abend des Redaktionsschlusses hierzu noch keine Antwort der GenossInnen der Partei Die Linke vor.

Sofern es aus diesem Grund zu einer verspäteten lay-out-Erstellung, Druck und/oder Versand kommen sollte, möchte ich heute schon um Verständnis werben.

**Zur Weiterarbeit ab September:**

Angebot an die Mitglieder und Freunde der Partei Die Linke:

Wenn Du / Ihr die Göttinger Blätter persönlich abonnieren wollt: Kein Problem! Mail an [g.siebecke@posteo.de!](mailto:g.siebecke@posteo.de)

Es kommt garantiert ein Abo-Formular bei Euch an

Oder per Post an:

**G.Siebecke, Harzstr. 13, 37081 GÖ**

Dann kommt das Abo-Formular eben per Post!

Angebot an alle EmpfängerInnen:

Wer die Göttinger Blätter zukünftig elektronisch erhalten will, schickt ebenfalls eine mail an: [g.siebecke@posteo.de!](mailto:g.siebecke@posteo.de)

**► Mensa für Alle!**

**Dieses von der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke in den Rat eingebrachte Projekt soll nun - in einem Pilotprojekt – nach den Sommerferien für einen Zeitraum von 6 Monaten installiert werden: Während der Schulwochen soll einmal wöchentlich, vorzugsweise freitags, eine warme Mahlzeit in Form eines Eintopfes zu Verfügung gestellt werden**

Zur Vorgeschichte: Ein entsprechender „Prüfantrag“ der Ratsfraktion der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linken vom 17.02.23 ist mit einer Stellungnahme der Verwaltung vom Rat der Stadt zur Kenntnis genommen worden mit der Folge, dass der städtische Zuschuss für die Göttinger Tafel auf 20.000 Euro im Haushalt 2023 / 2024 erhöht wurde.

Allerdings soll es nur starten unter folgenden Voraussetzungen

- Mindestens 25, höchstens 150 Portionen
- Verbindliche Bestellung 3 Arbeitstage vor Auslieferung
- Die Speisen werden in der neuen IGS in dafür vorgesehene Transportbehälter zu Abholung bereitgestellt
- Der Transport erfolgt durch die BF Goe, soweit die Nachbarschaftszentren dies wünschen.
- Die Ausgabe und ggf. die entgeltliche Abgabe des Essens zu einem

reduzierten Preis oder unentgeltliche Abgabe erfolgt komplett in der Verantwortung der Einrichtung vor Ort inkl. Personalgestaltung.

- Der Projektpreis pro Essen beträgt 3,30Euro + MWST zzgl. Der Transportkosten i.H.v. 35 Euro je Tour durch die BF Goe (Selbstkostenpreis)

In folgenden Nachbarschafts-, Stadtteil- und Quartierzentren soll das Angebot bereitgestellt werden:

- Stadtteilbüro Leineberg
  - Weststadtzentrum
  - Nachbarschaftszentrum Holtenser Berg
  - Nachbarschaftszentrum Ebartal
- Die Göttinger Blätter haben im Nachbarschaftszentrum Grone nachgefragt: Vor Ort war das Projekt bereits bekannt und Sabine Koch, Leiterin des



Nachbarschaftszentrums, begrüßte es sehr. Sie und ihr Team sind bereits mit der Umsetzung beschäftigt. Das NBZ wird dieses Angebot auf ihrer homepage, durch Aushänge und „Flüsterpropaganda“ im Stadtteil bekannt machen.

Allerdings sei der Endpreis, der (incl. der Transportkosten) bei 4,00 – 4,50 Euro liegen wird, noch erheblich zu hoch für die Menschen, die wirklich darauf angewiesen sind. Man überlege sich, ob Sponsoren gefunden werden können, um das Essen weiter zu „subventionieren“.

(nm/gS)